

mentswahl ausdrückte, ist im Grunde nur das weitere Offenbarwerden der nach links treibenden Prozesse in den breiten Massen, die sich bereits in der Körnerwahl Mai 1951, in der Anti-Starhemborgaktion vom Jänner 1952, in den Bewegungen der Bauarbeiter, Privatangestellten und Transportarbeiter im Verlaufe des Jahres 1952 äusserten.

Aber noch eines muss hervorgehoben werden. Die Wahlen der letzten Jahre in den westeuropäischen Ländern wiesen als typisches Merkmal die Polarisierung der Klassenkräfte auf: während die Mittelparteien zusammenschmolzen, konnten die polar einander gegenüberstehenden Parteien, die KP einerseits, die Rechtsparteien andererseits, Gewinne erzielen. Dem gegenüber stellt das Resultat des 22. Februar in Oesterreich einen echten Linksruck dar: es hat keine Polarisierung der Klassenkräfte gegeben, sondern - auf der Ebene parlamentarischer Wahlen - eine klare Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten der Arbeiterklasse. Darin liegt die Hauptbedeutung der Wahl vom 22. Februar.

Zum Teil - mehr als ein Linksruck

Eine genauere Untersuchung des Wahlergebnisses lehrt aber noch mehr: in manchen Gebieten Oesterreichs ist es mehr als ein Linksruck, ist es ein Strömen nach links gewesen! Das zeigen die Wahlergebnisse einiger Provinzen: in Oberösterreich, einer Hochburg der OeVP, aber auch der Unabhängigen, steigerte die SPOe ihre Stimmenzahl am 22. Februar um volle 30%, wobei sie in der Landeshauptstadt Linz die absolute Mehrheit errang. In Kärnten gelang der SPOe ein Gewinn von 20%, in Steiermark über 10%. Und im schwarzen Tirol gewann sie 25%! In Wien eroberte sie die 1949 verloren gegangene absolute Mehrheit zurück - trotzdem gerade hier, im Osten des Landes, die neofaschistischen Unabhängigen eine Steigerung ihrer Stimmen erzielen konnten. In Niederösterreich, dem Stammland der OeVP, eroberte die SPOe die Mehrheit.

Das gleiche Bild eines gewaltigen Vormarsches der SPOe zeigen die Wahlergebnisse der kleineren Städte und grösseren Landgemeinden. Aber selbst in rein ländlichen Gebieten errang die SPOe Gewinne. Es ist diesmal so, dass breitere kleinbäuerliche Schichten zur SPOe übergegangen sind, anstatt wie sonst die OeVP zu wählen. Das zeigte sich besonders in Kärnten, dem südlichsten Bundesland.

Es hat also gebietsweise am 22. Februar nicht nur einen Linksruck, sondern einen Strom nach links gegeben. Er drückte sich ausschliesslich in einem Vormarsch der SPOe aus.

Die Niederlage der Bourgeoisie

Die Wahlniederlage der Bourgeoisie, ihrer Hauptpartei, der OeVP, wurzelt unmittelbar in dem gesteigerten Raubkurs, den sie seit mehr als einem Jahr gegen die breiten Massen eingeschlagen hat. Schon in den beiden letzten Jahren sanken die Marshall-Gelder ab. Nurmehr sollen sie völlig versiegen. Damit verschwindet die Hauptquelle, aus der die Bourgeoisie ihre Kompromisspolitik materiell speiste. Sie denkt natürlich nicht daran, auch nur ein Jota ihres Profites zu opfern, um eine Fortsetzung der Kompromisspolitik mit der SPOe zu ermöglichen. Im Gegenteil: sie sucht ihren Profit, der durch die wachsende Krise bedroht wird, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Das Mittel dazu ist der neue, seit mehr als einem Jahr eingeleitete "Sanierungs" - oder "Stabilisierungskurs". Um ihn energisch durchzuführen, wechselte die OeVP im Jänner 1952 einige ihrer Minister aus. Sie entsandte ausgesprochenen Schnarfmacher, Beauftragte des Industriellenbundes, in die Regierung, an ihrer Spitze Dr. Kamitz, seines Zeichens Professor der Nationalökonomie, also prädestiniert dazu, die Massenausplünderung "wissenschaftlich" zu betreiben. Kamitz leitete sofort eine deflationistische Politik ein,

indem er wichtige Investitionen, die das Parlament längst beschlossen hatte, einfach strich. Sein Kurs rief alsbald den Widerstand der Bauarbeiter, die von Arbeitslosigkeit bedroht wurden, auf den Plan. Die Gegensätze zwischen OeVP und SPOe wuchsen an und drohten bereits damals, die Koalition zu sprengen. Unter dem Druck der Bauarbeiterdemonstration im Frühjahr 1952 wich die Bourgeoisie jedoch zurück: noch konnte für wenige Monate ein Kompromiss erzielt werden. Die SPOe kam der Bourgeoisie entgegen, indem sie die Erhöhung und Neueinführung einiger die Massen treffender Steuern nicht nur zugestand, sondern selbst vorschlug.

Aber im Herbst, anlässlich der Vorbereitung des Budgets für 1953, entspann sich der Kampf aufs neue. Die Bourgeoisie war entschlossen, den deflationistischen Kurs mit voller Wucht durchzuführen. Die "Ersparnisse" des kommenden Budgets sollten vor allem auf Kosten der breiten Massen vorgenommen werden: Rentenkürzungen, Verschlechterungen der Sozialversicherung, Investitionskürzungen für die unter sozialistischer Verwaltung stehenden - verstaatlichten Betriebe, darunter auch Eisenbahn und Post, was Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben musste. Dieses Raubprogramm an den Massen war es, das die Budgetverhandlungen zwischen OeVP und SPOe zum Scheitern brachte und zum Rücktritt der Koalitionsregierung führte. Am 22. Oktober erfolgte ihre Demission. Neuwahlen zum Parlament, die erst für den Herbst 1953 vorgesehen waren, wurden für den 22. Februar ausgeschrieben. Für die Periode bis dahin fungierte die alte Regierung weiter.

Der gesteigerte Raubkurs der Raab - Kamitz war es also, der zum Ende der Koalition geführt hatte. Die Bourgeoisie versuchte, diesen Raubkurs gegen die Massen unter der Devise: "Kampf gegen die Inflation!" zu starten, aber es war klar, dass die Kosten dieses "Kampfes" einzig die breiten Massen mit Massenarbeitslosigkeit und völliger Verelendung bezahlen sollten, während Kamitz für die Unternehmer Steuergeschenke vorbereitete. Mit diesem Kamitzprogramm zog also die OeVP in den Wahlkampf. Für dieses Programm entfaltete sie ihre Propaganda. Aber der wahre Charakter des Kamitzkurses wurde am augenscheinlichsten durch die in den drei Monaten vor der Wahl sprunghaft ansteigende Massenarbeitslosigkeit bewiesen: die Unternehmer warfen Hunderttausende auf die Strasse, sodass es drei Wochen vor den Wahlen an 300.000 Arbeitslose, 15% der gesamten Arbeiterschaft, gab! Und der OeVP-Handelsminister begrüßte die Massenarbeitslosigkeit offen als willkommenes Mittel zum Lohndruck und zu verschärfter Antreiberei! Und Kamitz, der Mann des neuen Kurses, unterstrich seinen Kurs noch durch Einstellung der Steuereinbringung bei den grossen Firmen, die er einige Wochen vor den Wahlen verfügte! Die OeVP wich weiters der klaren Beantwortung der von der SPOe an sie gerichteten Frage nach Aufrechterhaltung des Mieterschutzes aus - dafür eröffnete sie vehemente Angriffe auf die Sozialversicherung, die verstaatlichten Betriebe usw.usw.

Allies das weckte die Massen, wozu die SPOe mit aller Kraft beitragen musste. Es war den Massen mehr und mehr klar geworden: errang die Bourgeoisie bei den kommenden Wahlen einen Sieg, dann würde sie nicht nur das Kamitz-Raubprogramm konsequent durchführen, sondern darüber hinaus noch neue Raubzüge unternehmen. Das hatten die Massen erkannt und zwar ohne grossen Lärm: es war einer der ruhigsten Wahlkämpfe, die es je in Oesterreich gegeben hat. Das bewies nur, dass die breiten Massen ihre Schlüsse längst gezogen hatten. Und an diesen konnte auch der im letzten Moment von der Bourgeoisie unternommene Versuch, durch ein Betrugsmanöver die Massen zu täuschen, nichts ändern. Er konnte das Urteil der Massen eher befestigen als erschüttern.

Ende Jänner war klarblickenden Vertretern der Bourgeoisie bereits sichtbar geworden, was bevorstand. Sie erkannten, dass die brutale Propaganda des Kamitzkurses die Massen nur noch mehr nach links trieb. Die OeVP machte plötzlich eine Wendung: Raab und Kamitz traten drei Wochen vor der Wahl für **öffentliche Arbeiten**, für eine Lohnsteuerreform usw. auf. Aber der Köder lockte nicht mehr. Auch der Schreckschuss mit einem SP-Bundeskanzler, der nach für die SPOe siegreichen Wahlen zu erwarten war, nützte nichts. Zu deutlich war den Massen geworden, was die Bourgeoisie unter "Stabilisierung" verstand. Sie fielen der OeVP auf ihr letztes Betrugsmanöver knapp vor der Wahl nicht hinein. Sie wählten gegen sie.

Die Wahlniederlage der Bourgeoisie ist daher die Antwort der breiten Massen auf den seit einem Jahr von der OeVP gesteuerten Kurs der potentierten Angriffe auf die Lebensinteressen der breiten Massen, den Kurs der Arbeitslosigkeit, der Rentenkürzung, kurz gesagt der kapitalistischen Sanierung auf Kosten der Massen.

Diese Antwort der breiten Massen drückt der Vormarsch der SPOe in der Wahl vom 22. Februar aus.

Der geschlagene VdU

Die Niederlage, die die Bourgeoisie in dieser Wahl erlitten hat, wird durch die Niederlage der "Unabhängigen", des VdU ("Verband der Unabhängigen"), nur noch unterstrichen. Gerade in jenen Teilen des Landes, wo ein Vormarsch des neofaschistischen VdU erwartet worden war, erlitt er grosse Einbussen, ja, geriet er, wie in Oberösterreich, an den Rand des Zusammenbruches. Obwohl er im Osten Oesterreichs Stimmen gewinnen konnte - die Gewinne betragen ein Drittel bis 50% der früheren Stimmen - , so verlor er im Gesamten und ging geschwächt aus der Wahl hervor.

An Ursachen für diese unerwartete Niederlage des VdU könnte man anführen: erstens unterstützte der VdU die OeVP zu verschiedenen Malen im Parlament und half ihr insbesondere, Korruptionsfälle zu vertuschen; zweitens besteht eine dauernde interne Krise, hervorgerufen durch die Frage der Orientierung auf den deutschen Imperialismus hin; drittens der Führungswechsel, der aus dieser Orientierungskrise hervorging und grossbürgerliche Elemente an die Stelle kleinbürgerlicher brachte; schliesslich die "Einigung" mit den von der OeVP abgesprungenen "Jungen", einer mandatshungrigen Grundbesitzerclique, die das Konglomerat noch unterstrich, das der VdU darstellt. Alles das trug dazu bei, dass ein Teil der VdU-Anhänger abgestossen wurde. Primär wurzelt aber die Niederlage des VdU zweifellos darin, dass sich nicht nur verworrene, irreführte Arbeiterelemente von ihm wieder abgewendet haben, sondern dass auch in kleinbürgerlichen Schichten eine Umorientierung in Richtung auf die Arbeiterklasse hin - die sich in der SPOe sammelt - eingesetzt hat. Nur so ist die an einen Zusammenbruch heranreichende Niederlage in Oberösterreich zu erklären, nur so der grosse Stimmenverlust im Westen Oesterreichs überhaupt. Im Osten hinkt dieser Prozess nach - nur hier könnte man von einer gewissen Polarisierung der Klassenkräfte sprechen.

Warum die SPOe siegte

Die rechte Führung der SPOe interpretiert das Wahlresultat auf ihre Art. Für sie bedeutet es in erster Linie eine Bejahung der bisherigen Politik der Zusammenarbeit, der Koalition mit der Bourgeoisie. Dass sie für die Koalition auch nach den Wahlen, nach einem Siege der SPOe bereit sind, das haben Schärf und Helmer schon vor der Wahl betont. Den echten Linksruck, den die Wahl ergeben hat, wollen sie nun dazu benützen, der Bourgeoisie vor Augen zu führen, dass sie ohne Koalition mit der SPOe doch nicht auskommen könne. Haben aber die breiten Massen am 22. Februar wirklich in erster Linie die Koalition mit der Bourgeoisie bejaht?

Was die SP-Führung bei ihrer Auslegung des Wahlergebnisses übergeht, das ist der Umstand, dass seit Beginn des Vorjahres die SPOE immer mehr in eine Kampfstellung gegen die OeVP, gegen die Bourgeoisie getrieben worden ist. Schon der Jahresbeginn 1952 stand im Zeichen einer Zuspitzung der Gegensätze: die Aktion gegen das Starhemberg-urteil des Verwaltungsgerichtshofes, das dem Arbeitermörder wieder sein Vermögen zuzuschancen versuchte, rief die ganze Arbeiterklasse auf den Plan. Die Gegensätze steigerten sich, als im Frühjahr Kamitz seinen Kurs immer frecher vorantrieb. Trotz allen Zuredens der SP-Führung griff die Bourgeoisie zum "kalten, unbarmherzigen Klassenkampf", wie Schärf richtig erkannte. Sie konnte nicht anders, denn es ging um ihre Klasseninteressen, um die Profitinteressen. In der Durchsetzung dieser Klasseninteressen stiess die Bourgeoisie immer wieder auf ein Hindernis: auf die SPOE. Und zwar einfach deshalb, weil sich in dieser praktisch die österreichische Arbeiterklasse sammelte. Aber selbst die Führung der SPOE musste sich gegen den neuen Kurs der Bourgeoisie stemmen: in seiner Perspektive musste dieser Kurs der kompletten Massenverelendung die SPOE selbst treffen, musste er ihre Basis in der Arbeiterklasse zerstören, ein neues Anwachsen des Faschismus, die Zertrümmerung der SPOE und letzten Endes der Arbeiterbewegung bringen. Und dagegen stemmte sich selbst die rechte Führung.

Schrittweise wurde sie in eine Kampfstellung gedrängt, die sie je früher je lieber wieder verlassen hätte. Aber die Bourgeoisie blieb "unvernünftig", denn die kapitalistische Vernunft hört auf, wenn die Profitinteressen bedroht sind. Und die Beendigung der Marshall-Hilfe, die Stagnation der Weltwirtschaft bedeuteten eine Bedrohung der kapitalistischen Profite. Die "Unvernunft" der Bourgeoisie steigerte sich bis zum Bruch der Koalition im Oktober: die SP-Führung konnte einfach in den Angriff auf die Sozialversicherung, in das Programm der Massenarbeitslosigkeit nicht einwilligen, wollte sie nicht Selbstmord begehen. Sie musste den Kampf aufnehmen - wenn es auch für sie in erster Linie ein Wahlkampf bleiben sollte.

Dazu kommt noch ein Umstand: die SP-Führung geriet auch unter den Druck ihrer eigenen proletarischen Basis. Die Bauarbeiter gaben im Frühjahr das Signal zum Kampfe, wobei weniger entscheidend ist, ob die SP-Führung auf die Bourgeoisie nur drücken wollte. Dass sie zu diesem Mittel griff - und dass Zehntausende Bauarbeiter auf die Strasse zogen, ist entscheidend. Bald folgte eine Demonstration der Angestellten, im Herbst ein Streik der Transportarbeiter. Offensichtlich wurde bei allen diesen Bewegungen, dass der Druck der Basis im Wachsen begriffen war.

So stand die SP-Führung auch unter einem gewissen Massendruck, der sie zur Führung von Teilkämpfen zwang. Die Kampfstellung der SP-Führung gegen die OeVP, die Bourgeoisie wurde durch den Rücktritt der Regierung noch verstärkt: sie muss nun mit aller Energie die kapitalistischen Pläne gegen die Massen aufzeigen, die Massen in tausenden Versammlungen mobilisieren und sie gegen die Bourgeoisie ausrichten, in Kampfstellung bringen. Und so kurz und "ruhig", "leidenschaftslos" anscheinend diesmal der Wahlkampf war - sein Resultat zeigt, dass die breiten Massen seinen Klassensinn durchaus begriffen haben: Gegen die OeVP, gegen die Bourgeoisie, ihren Kamitzkurs!

Die SP-Führung befindet sich also in einem - von ihrem Standpunkt aus allerdings verständlichen - Irrtum, wenn sie meint, die Massen hätten am 22. Februar in erster Linie die bisherige Koalitionspolitik mit der OeVP bejaht. Was die Massen in erster Linie bejahten, war nicht die Koalition, die Koalitionspolitik, das Zusammengehen mit der OeVP, sondern gerade umgekehrt: sie bejahten den Kampf gegen die OeVP, gegen den Kamitzkurs, den Kampf zur Niederringung der Bourgeoisie! Es war gerade der Bruch der Koalition, die Kampfstellung der Massen gegen die OeVP, die Bourgeoisie, die zum Siege vom 22. Februar

geführt haben! Dieser Bruch mit der OeVP hat das Selbstvertrauen der Massen gehoben, sie politisch belebt und aktiviert, ihnen neue Hoffnungen gegeben. Ohne diesen Bruch der Koalition, ohne die Kampfwendung gegen die OeVP hätte es keinen Sieg gegeben. Die rechte SP-Führung verkennt die Grundlage des Sieges der eigenen Partei, wenn sie den Massen, ihrem Votum eine Billigung der bisherigen Koalitionspolitik unterschiebt!

Der Bankrott der "Volksopposition"

Bei den Wahlen im Jahre 1949 versuchte die KP durch Schaffung des "Linksblocks" mit dem von der SP abgesprungenen Erwin Scharf eine grössere Basis zu erlangen. Vergeblich. Diesmal sollte es die "Volksopposition" schaffen. In sie wurde als "Prominenter" Professor Dobretsberger aufgenommen, der einem völligen belanglosen Verein vorsteht. Der ehemalige Minister Schuschniggs sollte also mithelfen, der KPOe bessere Chancen bei den Arbeitermassen zu geben. Der Versuch ist neuerlich misslungen, und man muss sagen: begreiflicherweise misslungen. Erwin Scharf hatte wenigstens Arbeiter hinter sich. Dobretsberger niemanden, am wenigsten natürlich Arbeiter, was verständlich ist: sie haben für einen ehemaligen Heimwehrminister nichts übrig. Auch nicht, wenn er sich jetzt beim Stalinismus eingekauft hat. Der Bankrott ist also vollständig, trotz der wenigen Prozente, die die KP gewinnen konnte. Man muss ihnen nur gegenüber halten, was die Stalinisten an Illusionen verbreitet haben.

Es wirkte diesmal alles zusammen: die unveränderten stalinistischen Besatzungsmethoden, die Galgen des Prager "Prozesses", die antisemitische Welle, die der Kreml startete, schliesslich der ehemalige Heimwehrminister. Am entscheidendsten aber war und ist die stalinistische Politik, die seit Jahr und Tag den Arbeitern erklärt, dass zwischen Figl und Schärf, zwischen OeVP und SPOe keinerlei Unterschied existiere, dass ihre Auseinandersetzungen Scheinkämpfe seien, dass alles bereits beschlossen sei, dass selbst der Regierungsrücktritt ein Theater, eine Komödie sei, abgekartet zwischen OeVP und SPOe. Ihren Hauptangriff richtet diese ultraradikale, sektiererische, dabei gleichzeitig prinzipienlose, in parlamentarischen Illusionen schwelgende Politik gegen die SP, nicht etwa gegen die OeVP, gegen die Bourgeoisie! Die SP ist der Hauptfeind, nicht die OeVP, das ging Tag für Tag aus der "Volksstimme" hervor, wie vor 20 Jahren zur Zeit des "Sozialfaschismus". Und wahrscheinlich um die zunehmende "Faschisierung" der SPOe zu beweisen, verband sich die KPOe - mit dem ehemaligen Heimwehrminister! Kein Wunder, wenn bei einer derart abstossend - opportunistischen Politik die "Volksopposition" keine Arbeitermassen gewinnen konnte. Diese gaben der stalinistischen Politik am 22. Februar die entsprechende Antwort: sie liessen die "Volksopposition" links liegen.

Dabei hätte die KP nur an die Politik, die sie beim zweiten Wahlgang der Körnerwahl betrieben hat, anknüpfen brauchen. Damals gab sie die Parole, für Körner zu stimmen. Diesmal hätte sie, ohne die geringste parlamentarische Illusion zu verbreiten, der SPOe zur Mehrheit verhelfen müssen, sich auf ein, zwei eigene Mandate beschränken müssen, bloss um die Parlamentstribüne zu nützen, hätte sie dann, gestützt auf die bei den SP-Arbeitern erworbenen Sympathien, die SP-Führung zum Kampf gegen die Bourgeoisie zwingen, den SP-Arbeitern das Erkennen des wahren Charakters der SP-Führung ermöglichen müssen. Ja, das hätte die KP tun müssen - wäre sie dazu noch fähig. Dazu müsste sie nämlich - eine revolutionäre Partei, kein Instrument der parasitären Kremlbürokratie sein!

Dass die zur Niederlage verurteilte stalinistische Politik den wahren Interessen der Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus strikt zuwiderläuft, ist ebenso evident: anstatt die Arbeitermassen an Hand ihrer unmittelbaren Interessen wirksam für diese Verteidigung zu mobilisieren, stösst sie die Arbeiter immer wieder in die Arme der SP-Führung zurück oder hält sie dort wider Willen fest. Der Bankrott der stalinistischen "Volksopposition" beweist das neuerlich. Wenn die stalinistische Presse jetzt die Wahlen als Schwindel hinstellt, dann vertieft sie nur noch die eigene Niederlage.

Die Bedeutung des 22. Februar

Wir haben oben die Bedeutung des Ergebnisses des 22. Februar in der klaren Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen - auf der Ebene parlamentarischer Wahlen - zugunsten der Arbeiterklasse erblickt. Diese am 22. Februar sichtbar gewordene Verschiebung des Klassenkräfteverhältnisses in Oesterreich läuft parallel mit jener, die sich seit dem Ausbruch des Koreakrieges im internationalen Masstab als Verschiebung des Klassenkräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Revolution, zwischen Weltbourgeoisie und Weltproletariat zugunsten der Revolution, zugunsten des Weltproletariats zeigt. Der gewaltigste Anstoss zu dieser Verschiebung der Kräfteverhältnisse geht heute von der sich immer weiter ausbreitenden und vertiefenden Kolonialen Revolution aus, die dem Weltimperialismus ständig neue Schläge versetzt und das kapitalistische Gleichgewicht endgültig zerstört hat. In Europa war, nach dem Rückfluten der revolutionären Welle nach Kriegsende, Ausmass und Tempo dieser Änderungen des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse in den letzten Jahren viel schwankender und viel geringer; vorwiegend ging eine Polarisierung der feindlichen Klassenkräfte vor sich: die Mittelklasse, ihre Parteien wurden geschwächt zwischen den Lagern der Hauptklassen zerrieben, die extremen Parteien links und rechts gestärkt.

Die Wahl in Oesterreich hat nun zum ersten Male wieder einen klaren, eindeutigen Linksruck gebracht. Das gibt dieser Wahl ihre besondere Bedeutung, ja in bestimmten Grad internationale Bedeutung. Der Wahlausgang des 22. Februar signalisiert, dass sich in ihm eine Reihe von Faktoren zum ersten Mal voll auswirkten, die die Verschiebung des Kräfteverhältnisses eindeutig in Richtung auf das Proletariat hin herbeiführten. Als solche entscheidend wirkende Faktoren müssen wir erstens die enorme Zuspitzung der Weltklassengegensätze, zweitens die sich verschärfende wirtschaftliche Krise und drittens den Reflex, den von nun an die immer mächtigere koloniale Revolution im Bewusstsein der Arbeiterklasse hervorruft, ansehen. Die kommenden Wahlen in verschiedenen westeuropäischen Ländern werden ermöglichen, zu prüfen, ob das österreichische Barometer verlässlich gearbeitet hat.

Es ist klar, dass sich aus parlamentarischen Wahlen das Klassenkräfteverhältnis nicht zur Gänze ablesen lässt - erst das Messen dieser Klassenkräfte im ausserparlamentarischen Kampf erlaubt den letzten Schluss. Doch wenn in Oesterreich, dem Lande mit 8 Jahre dauernder Besetzung, dem "stabilsten Lande Europas" mit der "stabilsten Regierung", wo sich der "soziale Friede" geradezu sesshaft zu machen schien, wie die SP-Führung vermeinte, wenn sich in diesem Lande ein so klarer Linksruck ergeben hat, dann muss das als überaus günstiges Vorzeichen für die kommenden Kämpfe des österreichischen Proletariats gewertet werden. Schon die Teilkämpfe des letzten Jahres haben die Geschlossenheit und Kampfenergie der Arbeiter bewiesen: die Bauarbeiter streikten zu 100%, einschliesslich

der christlichen, und das in der Provinz, in Salzburg; die demonstrierenden Angestellten von Wien waren daran, die Unternehmerkammer zu stürmen, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die kommenden ausserparlamentarischen Kämpfe der österreichischen Arbeiter - und sie treten mit dieser Wahl in eine Periode gesteigerter ausserparlamentarischer Kämpfe - zeigen werden, dass sich der Linksruck am 22. Februar nicht auf die Ebene der Parlamentswahl beschränkt. Er hat nicht zuletzt dazu beigetragen, die Kampfergien des Proletariats für den ausserparlamentarischen Kampf zu stärken, seine Kampfzuversicht zu erhöhen. Darin, und darin vor allem, liegt die Bedeutung des Wahlsieges vom 22. Februar.

Die Lage nach der Wahl

Die Lage nach der Wahl kann so charakterisiert werden: die Bourgeoisie will, muss ihren "Stabilisierung"-Raubkurs gegen die Massen durchführen. Die Massen haben ihr aber in der Wahl eine Niederlage beigebracht, die ihr die Durchsetzung ihres Kurses erschwert. Die SPOe will, muss den Kamitzkurs verhindern; die Massen haben ihr dazu den Rücken gesteuft. Die SP-Führung will aber den Wahlsieg in die Fortsetzung der Koalition ummünzen. Diese aber kann sie von der Bourgeoisie nur erreichen, wenn sie den Kamitzkurs billigt, jenen Kurs, gegen den sie die Massen in der Wahl mobilisiert hat und gegen den die Massen gestimmt haben.

Diese widerspruchsvolle Lage weist deutlich darauf hin, dass mit dem 22. Februar und seinem Resultat ein Wendepunkt in der Lage erreicht worden ist. Drückt die Bourgeoisie durch ihr Festhalten am Kamitzkurs trotz Wahlniederlage aus, dass sie nicht mehr anders ihren Profit behaupten kann, so drücken die Massen durch ihr Votum die entschiedene Ablehnung dieses Raubkurses aus. Sie erwarten von der SPOe, die praktisch die Arbeiterklasse in sich begreift, dass sie den Raubplan der Bourgeoisie zerstört. Die Klassengegensätze, die sich im Gegensatz SPOe - OeVP ausdrücken, haben sich somit entscheidend verschärft.

Was treibt die österreichische Bourgeoisie dazu, starr an ihrem Raubplan festzuhalten? Sie bagatellisiert den Wahlausgang, versucht noch aufzutrumphen und den starken Mann zu spielen. In das Verhandlungskomitee zur Regierungsbildung entsandte die OeVP fünf Wortführer des scharfen Kurses! Das Komitee hat, wie sich herausgestellt, bereits mit dem VdU verhandelt und einen Koalitionspakt ausgehandelt! Das zeigt wohl zur Genüge, wohin die Bourgeoisie zu segeln beabsichtigt. Warum aber besteht sie auf dem Kamitzkurs, warum lehnt sie ein Kompromiss mit der SPOe ab?

Gehen wir auf die Hauptgründe dieses "unvernünftigen" Verhaltens der Bourgeoisie ein. Wir erwähnten oben bereits die Einstellung der Marshall-"Hilfe" an Oesterreich. Damit fällt die entscheidende Hilfsquelle weg, die bisher, wie Schärf im Wahlkampf richtig festgestellt hat, die Zusammenarbeit von OeVP und SPOe gespeist hat. Jede Kompromisspolitik bedarf eines gewissen "Fettansatzes", aus dem die Kosten der Kompromisse beglichen werden. Da es in Oesterreich nach 1945 keinen Fettansatz gegeben hat, spendierte ihn USA mittels der Marshall-Hilfe. Das Ausland trug die Kosten der Koalition, sagte Schärf richtig. Jetzt aber soll diese Kosten (zum Teil wenigstens) die Bourgeoisie tragen. Daran denkt sie nicht. Will die SP die Koalition haben, dann möge sie den Kamitzkurs annehmen und den Raub an den Massen billigen. Das ist der erste Grund, warum die Bourgeoisie trotz Wahlniederlage unverändert auf der Kamitzlinie verbleibt: sie will die Kosten der Koalition nicht übernehmen.

Zweitens: die wirtschaftliche Krise hat sich in den letzten Monaten, nachdem sie bereits seit Ende 1951 spürbar geworden war, vertieft. Eisenhowers "Formosa - Boom", den er gleich Trumans "Korea - Boom" zum Zwecke einer Belebung der Produktion startete, misslang völlig: der erhoffte Aufschwung bleibt aus. Die Rohstoffpreise sinken ununterbrochen. Die letzten Spuren der Korea-Hausse sind jetzt, wie ein Blatt schreibt, völlig verschwunden. Selbst die Lager an strategischen Rohstoffen sind überfüllt; auch kriegswichtige Metalle finden auf dem Weltmarkt kaum Absatz. Die Baumwollvorräte der Welt betragen 40% der Weltproduktion. Das alles zeigt das Anwachsen der ökonomischen Krise an. In USA versichern die Experten, dass bis Mitte 1953 die Produktion auf dem heutigen hohen Niveau bleiben werde. Für das dritte Quartal jedoch lehnen sie es ab, eine Prognose zu geben. Seit dem Herbst befinden sich in USA Friedens- und Kriegsproduktion auf gleicher Höhe; diese Höhe wird bis zum Sommer 1953 anhalten. Darüber hinaus gibt es keine Prognose, wie gesagt. Doch nimmt der Stand an neuen Aufträgen ständig ab. Die internationale Wirtschaftslage ist also ziemlich düster. Die österreichische Wirtschaft ist sehr empfindlich; jede Verschlechterung der Weltwirtschaftslage wirkt sich sofort aus. Der Export Oesterreichs sank bereits 1951 ab. Nach kurzer Erholung im Winter sinkt er jetzt neuerlich ab. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird immer schärfer. Die österreichische Bourgeoisie will ihre Profite ungeschmälert erhalten; sie ist daher bestrebt, ihre Konkurrenzfähigkeit durch Druck auf die Löhne in Oesterreich zu verbessern. Deshalb geht sie zu Angriffen auf den Mieterschutz, den sozialen Wohnhausbau, die Sozialversicherung über: je mehr sie hier "erspart", d.h. den Massen raubt, umso mehr kann sie dann in Form von Steuergeschenken etc. in die eigene Tasche stecken, so ihren Profit ungeschmälert erhalten. Eben das ist der Klasseninhalt des Kamitzkurses, den die österreichische Bourgeoisie angesichts der sich verschärfenden Krise umso weniger aufzugeben bereit ist.

Drittens: die Weltklassengegensätze verschärfen sich immer mehr, der weltpolitische Gegensatz USA - Sowjetunion wächst dauernd an. Auch hier schwindet jede Kompromissaussicht dahin. Angesichts der Zuspitzung der Gegensätze geht die Bourgeoisie in allen Ländern immer mehr dazu über, den Massen solidere Fesseln anzulegen: bis der Krieg "Für Demokratie und Freiheit" ausbrechen wird, wird von den kapitalistischen Scheinfreiheiten nur noch ein schäbiger Rest da sein. Die Dienste der SP werden unter solchen Bedingungen an Wert verlieren; im Gegenteil, es besteht die ernste Möglichkeit, dass sich in ihnen Tendenzen und Strömungen bilden, die die imperialistischen Knebelungsmaßnahmen gegen die Massen ablehnen und bekämpfen werden. Freilich würde der Imperialismus sehr gern, eine SP an seiner Seite sehen, die seine massenfeindlichen Massnahmen glatt mitmacht. Aber da würde die SP bald keine nennenswerte Arbeiterbasis mehr besitzen und damit jeden Wert für den Imperialismus verlieren! Gerät die SP nicht schon heute in immer peinlichere Situationen? Tschankaischek ist bereits zum Vorkämpfer der "Demokratie" avanciert. Franco wird es morgen. Krupp erhält seine Milliarden zurück, Morgen wird er ebenso Vorkämpfer der "Demokratie" sein. Die SP wird bald gezwungen sein, zu noch viel peinlicheren Tatsachen Stellung zu nehmen. So wird sie aber vom Imperialismus selbst zersetzt werden, denn seine Taten werden immer drastischer sein wahres Gesicht enthüllen. Die österreichische Bourgeoisie stellt diese Dinge heute schon in Rechnung: die SP wird in der kommenden Periode kein sehr verlässliches Instrument sein. Besser als sie werden amerikanische Bajonette sein. Gegen die Massen wird sich eine "starke" Regierung auf diese Art schon behaupten können, meint die Bourgeoisie. Dazu dann Wahlrechts-"Reformen" wie in Frankreich und Italien, die Sache wird klappen - meint die Bourgeoisie. Die SP wird also - beiseite gelegt. Trotz ihrer treuen Dienste

Viertens: immer grösser wird der Reflex, den die koloniale Revolution im Bewusstsein der europäischen Arbeiterklasse hervorrufft. Die Befreiung der halben Menschheit aus den Fesseln der Kolonialsklaverei kann auf die Dauer nicht verfehlen, ihre Wirkung auszutüben und das Bewusstsein der Massen in Europa zu revolutionieren. In England rollt dieser Prozess bereits. Auf dem europäischen Kontinent beginnt er jetzt immer deutlicher zu werden. Auch dagegen hofft die Bourgeoisie durch Errichten eines "starken" Regimes besser ankämpfen zu können.

Letztens will die Bourgeoisie durch die Durchsetzung des Kamitzkurses die Verelendung der österreichischen Arbeiterklasse derart steigern, dass die Klasse zersetzt wird, dass deklassierte Teile dem Lockruf der Bourgeoisie zum Opfer fallen, sich willig zum Mord an den eigenen Klassenbrüdern bereit finden. Mit neuformierten Banden will die Bourgeoisie dann die Arbeiterbewegung niederwerfen. Dass ein "starkes" Regime - ohne und gegen die SPOe gerichtet - auch die schwankenden Kleinbürgermassen fester unter die Fuchtel der Bourgeoisie bringen soll spielt auch noch mit. Alle diese Motive wirken zusammen, bestimmen die Bourgeoisie, am Kamitzkurs gegen die Massen, gegen die SP festzuhalten und die alte Koalition aufzugeben. Hat der Obmann der OeVP Raab schon im Herbst verlauten lassen, dass die OeVP nur mehr auf eine "elastische" Koalition eingehen werde, d.h. dass sich die Bourgeoisie einmal der SP, dann wieder des VdU bedienen werde, um ihre Pläne durchzuführen, (was die OeVP im letzten Sommer bereits einigemal praktiziert hat), so zeigt sich heute, dass die Bourgeoisie an diesem Konzept unverändert festhält, keinerlei Konzession zu machen bereit ist.

Man darf aber keineswegs annehmen, dass der Bourgeoisie diese Pläne schon gelungen sind oder gelingen werden. Die Weltsituation ist heute eine ganz andere als etwa 1930/31. Das Kräfteverhältnis ist heute, vor allem dank den Siegen der kolonialen Revolution, ein anderes als damals, als die Arbeiterklasse durch den Aufstieg des Faschismus immer tiefer und schliesslich in die Katastrophe geriet. Wenn die Bourgeoisie heute versucht, zu "starken" Regimen überzugehen so aus Angst vor der Revolution. Das war 1930/31 nicht der Fall. Heute sind alle Vorbedingungen, international und in Oesterreich selbst gegeben, um die Pläne der Bourgeoisie zu vereiteln und darüber hinaus einen entscheidenden Schritt nach Vorwärts, in Richtung auf die Revolution hin zu tun.

Die grundlegende Frage, die sich hier erhebt, ist jene nach dem Handeln, nach der Politik der SPOe.

Die Politik der SPOe

Die SPOe stellt heute infolge ihres Einflusses auf die breiten Massen das wichtigste Element der Lage dar. Am 22. Februar haben die Massen sie zur stärksten Partei gemacht. Praktisch folgt ihr fast die gesamte Arbeiterklasse. Welche Politik verfolgt sie in der neuen Klassenkampfsituation?

Seit 1945 sitzt die SP in der Regierung. Die Bourgeoisie hat dank der SP und ihrer Politik ihr Klassenregime wieder völlig eingerichtet; sie hat die Leistungen der SP durch die jahrelange Koalition mit ihr anerkannt. Nun ist eine neue Situation eingetreten; seit Ende 1951 geht die Bourgeoisie darauf aus, die Koalition aufzugeben, zumindest der SP innerhalb der Koalition solche Bedingungen aufzulegen, die eine glatte Durchführung der Raubpläne der Bourgeoisie ermöglichen. Wie hat die SP-Führung auf diese verschärfte Politik reagiert?

Sie hat zuerstveinmal versucht, der Bourgeoisie entgegenzukommen, so durch die Steuerbewilligungen im Sommer 1952. "Mit dem Staubsauger", rühmte sie sich, habe sie neue Steuern ausfindig gemacht. Aber die Bourgeoisie liess nicht von ihrem Kurs ab; bei den Budgetverhandlungen zeigte sich, dass sie bis zum Bruch mit der SP vorging.

Die SP-Führung, die den Kampf gegen das Kamitzprogramm aufzunehmen gezwungen war, wenn sie nicht selbst unter die Räder kommen wollte, liess 1952 einige ausserparlamentarische Aktionen zu. Die Bewegung der Bauarbeiter, der Angestellten, der Transportarbeiter wurde von ihr bzw. der Gewerkschaftsführung gebilligt. Sicherlich wirkte auch der Druck der Arbeiter auf die Führung mit. Aber in den vergangenen Jahren war die Führung diesem Druck fast immer entgegengetreten! Jetzt liess sie Teilbewegungen zu und war nur bemüht, eine allgemeine Bewegung hintanzuhalten. Auf die Bourgeoisie sollte nur gedrückt werden; sie sollte zur "Vernunft" gebracht werden. Die Bourgeoisie reagierte aber sauer!

Im Oktober beugte sich die SP nicht dem Druck der Bourgeoisie, sie hielt am Widerstand gegen die Kamitzpolitik fest. Sie rechnete mit einem Sieg in den Wahlen, der die Bourgeoisie "vernünftig" machen sollte. Ihre leitende Linie dabei war die neuerliche Aufrichtung einer Koalitionsregierung. Die Bourgeoisie hat zwar die Wahl verloren, mit der Aufrichtung der Koalition mit der SP lässt sie sich jedoch Zeit.

Wenige Wochen vor der Wahl versuchte die SP ein Manöver, um den koalitions geneigten Teil der OeVP zu stärken. Schärf liess durchblicken, dass die SP im Parlament die "Wünsche" der Agrarier erfüllen werde - vorausgesetzt, dass es zu einer neuen Koalition komme. Aber das Echo blieb aus: Raab-Kamitz hatten längst Oberwasser in der OeVP. Der Grossagrariierflügel hat zwar mit dem Banken- und Industrie flügel der OeVP nicht völlig identische Interessen, aber angesichts der neuen Lage war er nicht gesonnen, seine Sonderinteressen voranzustellen.

Die Bourgeoisie hat nun nach der Wahl zuerstveinmal mit dem VdU verhandelt und zwei Abkommen geschlossen; eines für den Fall eines Eintrittes der SP in die Koalition mit OeVP und VdU; eines für den Fall, dass die SP eine solche Koalition ablehnt. Die SP-Führung hat nun jede Einbeziehung des VdU in die Regierung scharf abgelehnt. Wird sie nun in die Koalition gehen, wenn sie weiss, dass die Bourgeoisie alles das, was die SPOe künftig ablehnt, durch ein Zusammengehen OeVP-VdU erreichen will? Es ist die "elastische Koalition" Raabs, die die OeVP jetzt als Linie betreten hat: überall dort und immer dann, wo die SP nicht mitgeht, wird die OeVP den VdU heranziehen und mit seiner Hilfe alles durchbringen, was die Bourgeoisie braucht, z.B. das Kamitzprogramm!

Das bedeutet seitens der Bourgeoisie den ernstesten Versuch, durch ein offenes Bündnis von OeVP und VdU eine bürgerliche Einheitsfront, eine einheitliche bürgerliche Klassenfront gegen die Massen herzustellen. Was wird die SP-Führung nun tun? Wird sie diese neue Art der Koalition, die geradezu überdeutlich macht, dass die Bourgeoisie die SP nur als Kulisse gegenüber den Massen gebrauchen will, billigen?

Die SP soll sich nach dem famosen Rezept Raabs vor den Massen verbrauchen - die Bourgeoisie jedoch ihr Ziel der Massenausplünderung erreichen. Diese Absicht der Bourgeoisie muss schliesslich auch die SP-Führung erkennen.

Natürlich wird die SP-Führung die Bourgeoisie zu bewegen suchen, Raabs "elastische" Koalition aufzugeben. Sie wird dafür zu Konzessionen - auf Kosten der Massen - bereit sein, z.B. in Steuerfragen. Sie wird die alte "bewährte" Form der Koalition zu erreichen suchen. Im Oktober aber hat sich bereits gezeigt, dass die alte Form der Koalition für die Bourgeoisie unerträglich geworden ist. Sie will ihre Interessen ungeschmälert durchsetzen, ohne Konzessionen an die SP.

Wird die SP-Führung unter diesen Umständen, im Falle der Ablehnung der Koalition mit dem VdU und der "elastischen Koalition" Raabs eine Minderheitsregierung bilden? Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, wenn sie auch wenig wahrscheinlich ist. Die SP-Führung hat den Arbeitern immer wieder versichert, dass sie keine einzige "Machtposition" in der Regierung aufgeben wird; sie hat nach der Wahl die Parität bei Vergebung der Ministerien gefordert. Sie drückt auf die Bourgeoisie, indem sie die Frage der sofortigen Massnahmen für die Arbeitslosen aufgreift und ausspricht, dass sie nicht mehr lange Geduld haben wird. Sind das Andeutungen einer Absicht der SP, eine Minderheitsregierung zu bilden, wenn ein Kompromiss mit der Bourgeoisie misslingt?

Sicher würde die SP nur ungern zu einer solchen Lösung greifen. Viel lieber wäre ihr eine Vereinbarung alten Stils mit der OeVP, wobei sich die SP zu "Opfern" der Massen bereit erklären würde. Sie kann den Kamitzkurs in seiner Schärfe und Konsequenz keinesfalls annehmen. Und gerade darauf wird die Bourgeoisie bestehen. Ist das Kamitzprogramm doch das Krisenprogramm der Bourgeoisie! Eine sozialistische Minderheitsregierung, die bei den gewohnten parlamentarischen Methoden verbliebe, könnte also nur ein kurzes Zwischenspiel sein. Sie könnte nur Erfolg haben, wenn sie zur entscheidenden Waffe des ausserparlamentarischen Kampfes griffe und durch seine Aktionen die Bourgeoisie zwingen würde, ihre Pläne aufzugeben. Unterlässt eine SP-Minderheitsregierung diesen Kampf ausserhalb des Parlaments, dann untergräbt sie noch die Aussichten, bei der nächsten Wahl, die ja bald kommen würde, das Vertrauen der übergrossen Mehrheit der Massen zu erobern.

Die entscheidende Waffe des ausserparlamentarischen Kampfes müsste die SP-Führung aber heute schon anwenden. Sie wird sich aber kaum dazu entschliessen. Alles erhofft sie vom Verhandlungstisch. Sie müsste aber durch ausserparlamentarischen Kampf die Bourgeoisie zwingen, den Kamitzplan fallen zu lassen. Mehr noch. Die Lage ist derart paradox geworden, dass die SP, nur um die alte Koalition zu erreichen, zum ausserparlamentarischen Kampf greifen müsste! Das scheint ein Widerspruch zu sein, denn der ausserparlamentarische Kampf stellt letzten Endes die Koalition in Frage. Aber dieses Paradoxum entspricht völlig der Realität. Geht die SP-Führung dem ausserparlamentarischen Kampf aus dem Wege, dann ist ein Sieg der Bourgeoisie bei der Regierungsbildung, d.h. ein Ablehnen der SP-Forderung nach Parität und die Schaffung der "elastischen Koalition" nach dem Rezept Raabs, nicht unmöglich. Dem Sieg der SPOe in der Wahl entspräche dann eine Niederlage bei der Regierungsbildung!

Aber es kann durchaus anders kommen. Innerhalb der SP-Führung selbst gibt es Meinungsdivergenzen über den weiteren Weg. Sie haben sich schon 1952 ausgewirkt; Schärf hat bei der Eröffnung des Parteitages direkt auf sie hingewiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der Führung für die Anwendung ausserparlamentarischer Kampfmittel eintritt, überhaupt erkannt hat - durchaus auf reformistischer Linie - dass in der kommenden Periode eine Kombination beider Kampfmittel - der parlamentarischen und der ausserparlamentarischen - unvermeidlich sein wird. Es ist möglich, dass dieser Teil in der jetzigen Situation an eine Demonstration z.B. der Arbeitslosen denkt.

Darauf deutet das vollkommen richtige Bestehen auf sofortige Massnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, das in der SP-Presse nach der Wahl im Vordergrund steht, hin. Kommt es dazu, dann würde das bedeuten, dass wenigstens ein Teil der SP-Führung begriffen hat, dass die Raab-Kamitz nicht aufs Zureden, sondern nur auf Druck reagieren. Ein solcher Schritt der SP würde auch bedeuten, dass dieser Teil in der Führung seinen Standpunkt durchgesetzt hat.

Aber man muss abwarten. Es wird jedoch immer offener, wie immer die Frage der Regierungsbildung usw. ausgehen mag, dass die neue Situation die SP-Führung zu einer entschiedeneren Politik zwingt, dass sie mit der bisherigen Politik nicht mehr auskommt. Sie wurde schon 1952 in eine Kampfposition gegen die Bourgeoisie gedrängt. Das allein hat die Massen schon belebt, aktiviert, wenn auch vor allem für die Wahlen. Die Fortsetzung dieser aktiveren Politik, die Einbeziehung ausserparlamentarischer Kampfmittel, würde die Massen nur noch mehr beleben. Die Bourgeoisie hat vor, unmittelbar nach Abschluss der Regierungsbildung die Rauboffensive gegen die Massen zu starten. Grosse gewerkschaftliche Kämpfe, um die Lohnrauboffensiven der Bourgeoisie abzuwehren, werden auf der Tagesordnung stehen. Die SP-Führung wird an die Massen zu appellieren gezwungen sein, wenn sie den Raubkurs der Bourgeoisie auch nur mildern will. Jedes Zurückweichen der SP wird unter solchen Bedingungen eine halbe Niederlage der Massen bedeuten. Diese Lage wird auch der SP-Führung, wenigstens einem Teil derselben, immer mehr bewusst werden. Der Uebergang zu einer linksreformistischen Politik wird unter solchen Umständen unvermeidlich sein. Die rechten SP-Führer können durch eine ganze Etappe eine solche linksreformistische Politik - Koalitionskurs, verstärkter Druck auf die Bourgeoisie ausserhalb des Parlaments - mitmachen.

Ist es möglich, dass es zwischen Bourgeoisie und SP zu keiner Einigung in der Frage Regierungsbildung kommt? Es ist möglich, wenn sich auch Anzeichen zeigen, dass es schliesslich doch zu einer Verständigung zwischen ihnen kommt. Wird die Bourgeoisie aber auf den Kamitzkurs verzichten? Oder wird ihn die SP annehmen? Beides scheint ausgeschlossen. Daher werden auch bei Aufrichtung einer neuen Koalition OeVP-SPOe alle Fragen auf der Tagesordnung bleiben, die zu scharfen Klassenkämpfen führen müssen. Keine Frage wird "friedlich" gelöst werden. Die vielgerühmte österreichische "Stabilität" ist endgültig dahin, auch auf der Regierungsebene. Die SP-Politik der nächsten Periode wird ebenso zeigen, dass ihre Stabilität einen Stoss erlitten hat. Sie wird unter den Druck der feindlichen Klassenkräfte geraten. Auf sie werden Bourgeoisie und Massen noch viel energischer als bisher einwirken. Nicht zuletzt hat das der 22. Februar getan.

Der Weg nach vorwärts

Der Linksruck am 22. Februar drückt nicht allein die Ablehnung des Kamitzkurses durch die Massen aus. Positiv traten diese mit ihrem Votum für gesicherten Arbeitsplatz, für menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen, für sozialen Wohnhausbau, für ein gesichertes Alter, für eine geplante Wirtschaft usw. ein. Alle diese Lebensinteressen der breiten Massen vermag aber auf die Dauer nur die Macht der Arbeiter und armen Bauern, die proletarische Diktatur, die die Gesellschaft zum Sozialismus vorwärts führt, zu sichern. Diese Macht durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, die Beseitigung ihres kapitalistischen Systems aufzurichten, ist die Aufgabe, die längst auf der Tagesordnung steht, für die alle objektiven Voraussetzungen vorhanden sind - und in deren Richtung letzten Endes auch das Resultat des 22. Februar weist.

Die proletarische Revolution in Oesterreich wird mit der Revolutionierung der sozialistischen Arbeiter ihren Anfang nehmen. Diese Revolutionierung in die Wege leiten, zu fördern, vorwärts zu treiben, das ist die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe. Die heutige Klassenkampf-situation ist für die Lösung dieser Aufgabe äusserst günstig, wenn auch die vierfache Besetzung des Landes hemmend wirkt. Ebenso können Entwicklungen, die sich aus einer akuten Zuspitzung des Gegensatzes Imperialismus - Sowjetunion ergeben könnten, den Gang der Dinge wesentlich verändern. Von ihnen sehen wir aber hier ab.

Welche eigenartige Situation liegt heute vor? Wir haben sie oben zum Teil charakterisiert. Hier müssen wir ein Moment hervorheben, von dem bisher nicht die Rede war. Seit 1945 erklärt die SP-Führung den Arbeitern, dass sie nur deshalb die Koalition mit der OeVP aufrecht erhalte, um "Machtpositionen" in der Regierung zu besetzen. Immer wieder erklärt sie, dass sie nicht daran denke, diese Positionen jemals wieder zu verlassen! Sie hat mit dieser Auffassung bei vielen Arbeitern Zustimmung gefunden: wir werden doch das Innenministerium, die Polizei nicht den bürgerlichen überlassen, oder etwa das Sozialministerium oder die verstaatlichten Betriebe! Auf Grund solcher Argumente hat die SP-Führung immer wieder die Billigung der Koalitionspolitik erhalten.

Diese Argumentation der SP-Führung hat bestimmte Folgen, die eine Falle für Schärf-Helmer bedeuten. Sie haben sich vor den SP-Arbeitern festgelegt: niemals werden sie die "Machtpositionen" räumen. Der Wahlausgang vom 22. Februar hat sie in ihrem Vorhaben bestärkt. Sie fordern von der OeVP jetzt die Parität in der Zahl der Ministerien. Eben deshalb haben sie die Beteiligung des VdU an der Regierung abgelehnt: das würde eine Verschiebung der "Machtpositionen" zugunsten der Bourgeoisie bedeuten. In der Situation aber, in der sich die Bourgeoisie befindet, muss diese, von ihren Klasseninteressen getrieben, alles daran setzen, um die Positionen der SP zu schwächen. Am liebsten würde sie sie aus der Regierung eliminieren. Geht das nicht, dann soll sie wenigstens geschwächt werden. Dazu soll Raabs "elastische" Koalition dienen.

Geht die SP auf diese ein - was sehr fraglich ist! - dann heisst das, dass sie einen viel umfangreicheren, intensiveren Appell an die Massen richten muss, die ausserparlamentarischen Kämpfe viel stärker als 1952 entwickeln muss, um die Bourgeoisie unter Druck zu nehmen! Schärf hat das ja angedeutet, als er von dem kommenden "anderen Charakter" der Kämpfe mit der OeVP gesprochen hat.

Die Bourgeoisie wird sich gegen den von der SP inszenierten ausserparlamentarischen Druck wehren - permanente Krisen in der Koalition wären die Folge. Um die Koalition aufrechtzuerhalten, die "Machtpositionen" zu behaupten, verbliebe der SP-Führung aber wieder nur - der ausserparlamentarische Kampf, also die Quelle neuer Differenzen mit der Bourgeoisie! Dazu kommt noch, dass Raab immer wieder versichert, die Bourgeoisie wird von der SP das Aufgeben der "sozialen Opposition" fordern. Damit will sie erreichen, dass die SP die Möglichkeit verliert an die Massen, wenn auch nur begrenzt, zu appellieren. Gerade das ist es aber, was für die SP-Führung angesichts der verschärften Klassenkampf-situation absolute Notwendigkeit geworden ist! Ohne Appell an die Massen, ohne Entfaltung von ausserparlamentarischen Aktionen wird von jetzt ab die SP ihre "Machtpositionen" in der Regierung, die Koalition nicht aufrechterhalten können, geschweige denn die sozialen Errungenschaften!

Aber wird die SP überhaupt in die Koalition gelangen? Die Bourgeoisie würde sie am liebsten draussen sehen. Es scheint aber, dass sie noch ein Uebergangsstadium, eben Raabs "elastische" Koalition, einschalten will, ja, vielleicht unter amerikanischem Druck - an dem die SP-Führung nicht unschuldig sein dürfte - einschalten muss.

Geht die SP aber aus der Regierung und versucht sie, die Arbeiter mit dem Hinweis auf die nächsten Wahlen usw. zu vertrösten, dann versetzt sie ihrer These vom absoluten Festhalten an den "Machtpositionen" den ärgsten Schlag, der die Partei schwer erschüttern muss. Die SP-Führung hat sich sozusagen in der eigenen Falle gefangen!

Lehnt aber die Bourgeoisie es ab, die SP in die Koalition aufzunehmen, verweigert sie ihr die "Machtpositionen", dann würde das für die SP-Führung eine Situation herbeiführen, wo ihr Nicht-Handeln, ihr Einknicken vor der Bourgeoisie dieselben Folgen für sie herbeiführen muss. So oder so - die SP-Führung wird in jedem Falle, will sie dem Bankrott bei den Arbeitern entgehen, den Kampf aufnehmen müssen. Würde sie in bloss auf dem parlamentarischen Boden belassen, hiesse das, sich besiegt erklären.

Jeder mögliche Ausgang der Regierungsbildung treibt also die SP-Führung auf den Weg des Kampfes ausserhalb des Parlaments. Natürlich wird sie ihn nur zögernd, schwankend, betreten, seine Kampfmittel nur beschränkt anwenden, auf Teilmobilisierungen ausgehen. Aber selbst das wird seine Wirkung auf die Massen nicht verfehlen.

Ist es keine Illusion, anzunehmen, dass die SP-Führung gezwungen sein wird, den Kampf ausserhalb des Parlaments aufzunehmen? Sie wird durch die ganze Situation dazu gezwungen, sie wird ihm nicht ausweichen können. Wie ein heisses Eisen wird sie ihn anfassen - um ihn sofort wieder fallen zu lassen. Aber sie wird nicht anders können, als wieder nach ihm zu greifen. Nur wenn die SP-Führung, die von ihr beherrschte Gewerkschaftsführung selbst die Massen rufen, besteht ernste Aussicht, dass grosse Massen den Kampf ausserhalb des Parlaments aufnehmen, wenn auch unter durchaus reformistischen Losungen, erfüllt von reformistischen Illusionen, zumindest anfangs. Aber die einmal in den Kampf gezogenen Massen gehen mit einem anderen Bewusstsein aus ihm heraus als sie hineingingen! Ist die Revolutionierung der der SP folgenden Arbeitermassen der erste Schritt zur Revolution in Oesterreich, so ist die Entfaltung des ausserparlamentarischen Kampfes der erste Schritt zur Revolutionierung der Arbeiterklasse. Und diesen ersten Schritt wird in der kommenden Etappe dieselbe SP-Führung einleiten müssen, die sich fast acht Jahre lang gegen jede ernsthaftige ausserparlamentarische Aktion gewandt hat!

Im ausserparlamentarischen Kampf gehen letzten Endes die parlamentarischen Illusionen der Massen, die die SP-Führung in sie hineinträgt, zugrunde. In ihm wächst das Selbstvertrauen der Massen, ihr Kampfbewusstsein, ihr Klassenbewusstsein. Hier stossen sie mit der bürgerlichen Staatsmacht zusammen, lernen praktisch, sie bekämpfen. Im Kampf ausserhalb des Parlaments gehen die Massen über ihre anfänglichen Ziele hinaus und zu höheren über. Sie beginnen, sich nach dem konsequentesten, entschlossensten Programm umzusehen, nach dem revolutionären Programm. Sie fangen an, es in der Aktion anzuwenden, bevor sie es dem Buchstaben nach noch kennen. Aus dem ausserparlamentarischen Kampf wachsen schliesslich die Räte, die Kampf- und Machtorgane der Massen, heraus.

Sicher wird sich nicht die ganze SP-Führung bereit zeigen, der aus der heutigen Klassenkampfsituation hervorgehenden verstärkten Tendenz nach ausserparlamentarischen Kampf nachzugeben. An Hand dieser Tatsache wird sich aber ein erster Differenzierungsprozess in der SP ergeben. Ist es aber schliesslich so ungemein wichtig, die Frage, ob die SP-Führung in die Richtung des ausserparlamentarischen Kampfes gedrängt wird, zu untersuchen? Es ist wichtig, denn unter den heute gegebenen Umständen werden nur dann grosse Massen am Kampf

teilnehmen, wenn sie die SP-Führung, die reformistische Gewerkschaftsführung rufen, wie wir schon oben sagten.

An der Bereitschaft der Massen, ausserparlamentarisch zu kämpfen, kann nicht gezweifelt werden. Ihre Kampfkraft ist nach wie vor ungebrochen. Sie ist durch den Wahlausgang noch gestärkt worden. Wie international hat sich auch in Oesterreich das Kräfteverhältnis der Klassen zugunsten der Arbeiterklasse verschoben. Die Arbeitslosigkeit wirkt heute noch nicht als Hemmschuh des Kampfes. Die SP-Führung kann auch die Stalinisten als die Gewinner bei ausserparlamentarischen Kämpfen hinstellen, da die Massen sie am 22. Februar neuerlich ablehnten. *)nicht

Die Massen sind also zweifellos bereit. Was fehlt, ist der Ruf an sie. Er muss geschaffen werden! Unsere Ueberzeugung, dass die SP-Führung selbst zu diesem Rufe getrieben wird, bedeutet nicht, dass wir es dabei belassen! Wo immer wir stehen, in Betrieb, Gewerkschaft, Sektion, Konferenz müssen wir wie bisher diejenigen sein, die immer wieder den Kampf ausserhalb des Parlaments zur Durchsetzung der Massenforderungen vorschlagen. In der kommenden Etappe werden die Massen, die Arbeiter, die unsere Stimme erreicht, das besser verstehen als je zuvor.

Die Fragen, die die Achse des ausserparlamentarischen Kampf sein müssen, liegen auf der Hand. Voran stehen die dringendsten Lebensinteressen der Massen: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Abwehr des Druckes auf Lohn und Arbeitsbedingungen, des Anschlages auf die sozialen Errungenschaften, Zerschlagung der bürgerlichen Raubpläne à la Kamitzprogramm. Diesem "Programm" muss ein die Lebensinteressen der breiten Massen sicherndes Programm entgegengestellt und im ausserparlamentarischen Kampf durchgesetzt werden.

Die österreichische Bourgeoisie kann nur deshalb den starken Mann spielen, die Raab-Kamitz nur deshalb so frech sein, weil die SP bisher die Klassenkraft der Arbeiter ungenützt liess, sie höchstens zum Wahlkampf oder Teilaktionen ausserhalb des Parlaments nutzte. Die kommende Klassenkampfetappe rückt den Stimmzettelkampf in den Hintergrund. In den Vordergrund rückt der Kampf ausserhalb des Parlaments. Das weiss auch die Bourgeoisie. Deshalb versucht sie der SP Fessel anzulegen, die sie hindern sollen, an die Massen zu appellieren. Die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate werden zeigen, dass sich die Bourgeoisie vergeblich bemüht: der Klassenkampf wird über alle schönen Abkommen hinwegschreiten. Trotz Mangel an einer wirklichen Führung trotz allen Wankungen und Schwankungen der SP-Führung werden die Massen den Weg nach vorwärts betreten, den Kampf ausserhalb des Parlaments aufnehmen. So wird ihre Revolutionierung den Anfang nehmen, deren Vorzeichen der 22. Februar ist.

(Schluss folgt)

=====
Mitteilung der Redaktion:

Unsere nächste Ausgabe:

" Z U K A I N - S T A L I N S T O D "

erscheint in einigen Tagen! Die Red.

=====